

29.01.2011 08:23 Uhr

Von Christoph Klemp, Ruhrnachrichten

## Interview: Gasbohrungen: NRW-Umweltminister fordert Transparenz

Düsseldorf Bislang hat NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) sich selten öffentlich zu den geplanten Gasbohrungen in Nordrhein-Westfalen geäußert. Im Gespräch mit Christoph Klemp plädiert er für eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung.

### ***Was halten Sie vom Vorschlag Ihres Grünen-Parteifreunds Oliver Krischer, der einen Genehmigungsstopp für Gasbohrungen fordert?***

Remmel: Wir wollen uns umfassend informieren. Das tun wir, indem wir jetzt gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium ein Gutachten in Auftrag geben. Es geht darum, sicherzustellen, dass keine Gefährdungen von Wasser, Boden und Umgebung bestehen. Danach werden wir klarer sehen.

### ***Sind Sie von der Wucht des Widerstands gegen die Gas-Pläne überrascht worden?***

Nein. Da passiert etwas, was man nicht kennt. Trinkwasser ist ein wertvoller Schatz und den müssen wir auch schützen. Gerade im ländlichen Raum haben wir bereits Grundwasser-Belastungen durch Dünger und Gülle. Die Sorgen der Menschen muss man ernst nehmen.

### ***Was tun Sie konkret?***

Wir tragen die Informationen zusammen, sprechen mit Fachleuten, holen Gutachten ein, um dann auf dieser Grundlage zu entscheiden. Auch bei den Fachleuten unseres Ministeriums ist das Thema Gasbohrungen in Nordrhein-Westfalen Ende letzten Jahres dringlich geworden.

### ***Wo sehen Sie offene Fragen?***

Es geht um wasserrechtliche Fragen und um eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung. Wir sind der Meinung, dass für solche Bohrungen generell eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden sollte. Wir werden in enger Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium ein Gutachten ausschreiben, um die Umweltauswirkungen solcher Bohrungen bewerten zu können: vor allem die Auswirkungen auf Wasser, Boden und Fläche.

### ***Gegner kritisieren, das Bergrecht sei nicht für Gasbohrungen ausgelegt. Ist die Kritik berechtigt?***

Ich habe grundsätzlich eine kritische Haltung zum Bergrecht. Doch nach Einschätzung unserer Fachleute ist es auch nach derzeitigem Bergrecht nicht ohne weiteres möglich, einfach eine Genehmigung für Gasbohrungen zu bekommen.

***Hauptkritikpunkt: Eine Umweltverträglichkeitsprüfung gilt erst ab 500 000 Kubikmeter***

***geförderten Gases. Die erreicht keine Förderstelle.***

So ist es. Wir haben bereits zum Thema geothermische Bohrungen eine Initiative in den Bundesrat eingebracht. Wir wollten die Umweltverträglichkeitsprüfung ausweiten – da waren wir uns in der NRW Landesregierung einig. Wir werden beim Thema Gasbohrungen ebenfalls gemeinsam agieren.

***Die CDU fordert die Landesregierung also zu Recht auf, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen?***

Das ist doch selbstverständlich, wer könnte etwas dagegen haben? Wir wollen die Umweltverträglichkeitsprüfung für alle diese Bohrungen – ob Gas oder Geothermie. Das Problem gehört auf die Tagesordnung.

***Haben Sie selbst mal mit ExxonMobil gesprochen? Das Unternehmen ist ja bislang das einzige, das eine Probebohrung beantragt hat?***

Ja. Und ich habe ihnen den Rat gegeben, bei Fragen aus der Bevölkerung, transparent und offen umzugehen. Wenn man scheinbar mit unangenehmen Wahrheiten rausrückt, dann entsteht der Eindruck, das man etwas verheimlichen will. So schwindet das Vertrauen der Bevölkerung.